

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Vollversammlung des Völkerbundes.

Eröffnungsrede Painlevés.

Genf, 7. September. (W.F.B.) Die vierte Völkerbundsvollversammlung wurde heute vormittag 11 Uhr von dem französischen Ministerpräsidenten Painlevé in seiner Eigenschaft als derzeitiger Vorsitzender des Völkerbundesrates feierlich eröffnet. Painlevé führte in seiner Eröffnungsansprache aus:

Es handelt sich jetzt darum.

neuen Geist und neue Moral zwischen den Nationen

zu schaffen. Painlevé gibt dann einen längeren Ueberblick über die einzelnen Tätigkeitsgebiete des Völkerbundes, wobei er besonders die finanzielle Aufbauarbeit in Oesterreich und Ungarn hervorhebt. „Die Anstrengungen beider Staaten unter Führung der Völkerbundskommissare waren in so hohem Maße befriedigend, daß der finanzielle Wiederaufbau in unerwartet kurzer Frist zu Ende geführt werden kann. (...) So kann man hoffen, daß die Kontrolle Oesterreichs bald aufgehoben werden kann. Alle diese Fragen treten vor dem Hauptproblem der Sicherheit zurück. Die Verfasser des Genfer Protokolls haben mit dessen unverzüglicher Unterzeichnung durch die Regierungen gerechnet. Die Monate, die verstrichen sind, haben diese Hoffnung nicht erfüllt. Obgleich das Protokoll von allen Delegierten der 54 Staaten angenommen und den Regierungen zur Ratifikation empfohlen wurde, hat es nicht die ausreichende Anzahl von Unterzeichnungen gefunden, um in Kraft zu treten. Da der großartige Entwurf nicht Geseh wurde, mußte auch die geplante Entwaffnungskonferenz verschoben werden.

Inzwischen sind Verhandlungen über das Sicherheitsproblem und die Schiedsgerichtsverträge mit den einzelnen Staaten, die heute noch fortauern, geführt worden. Der Erfolg dieser Verhandlungen, falls sie zum Ziele führen sollten, wäre, die einzelnen Nationen, die Mitglieder des Völkerbundes sind, durch entsprechende Verpflichtungen untereinander zu binden. Die in Aussicht genommenen Sonderverträge unterscheiden sich nur durch ihr beschränkteres Anwendungsbereich vom Genfer Protokoll. Die Regionalverträge zwischen den einzelnen Staaten halten sich durchweg im Rahmen der im Genfer Protokoll vorgesehenen Bestimmungen. Der Sicherheitspakt sieht dagegen Schiedsgerichte vor, die alle Streitfragen umfassen sollen, und deren Erfüllung nicht nur von dem guten Willen und der Beruhigung zwischen den Unterzeichnern abhängt, sondern für die der Völkerbund die volle Garantie trägt. Das Sicherheitsproblem tritt deshalb in diesem Jahre in einer anderen Form an uns heran. Es bleibt uns

die Wahl, das Genfer Protokoll von neuem zu prüfen oder es dem Spiel der Kräfte zu überlassen, durch Sonderverträge das Gebäude eines neuen Weltfriedens herbeizuführen. Dieselben Erwägungen sollten auch für die Frage der Entwaffnung gelten, wobei wir die notwendige Reihenfolge einhalten müssen:

Zuerst Sicherheit, dann Entwaffnung.

Es dürfte vielleicht wichtig sein, wenn diese Versammlung den Beschluß des letzten Jahres wiederholt und den Rat ersucht, die Einberufung eines Entwaffnungskonferenz in die Hand zu nehmen.

Wir sehnen mit Ihnen alle den Tag herbei, in dem alle Völker Mitglieder des Völkerbundes sein werden.

Am 1. Dezember 1924 richtete Deutschland an den Rat einen Brief, der sich auf die Bedingungen seines Eintritts in den Völkerbund bezog, in dem es den Bedenken Ausdruck gab, die in ihm der § 16 des Völkerbundespaktes nachrief. Am 13. März 1925 antwortete der Völkerbundsrat Deutschland und berief sich einstimmig auf die formellen Bedingungen des Art. 1, denen ein Staat bei seinem Eintritt in den Völkerbund sich zu unterwerfen hätte. Nachdem der Rat sich bemüht hatte, die Bedenken Deutschlands zu zerstreuen, sprach er den aufrichtigen Wunsch aus, daß Deutschland sich an seinen Arbeiten beteiligen und bei der Herbeiführung des Weltfriedens diejenige Rolle spielen möge, die seiner Stellung in der Welt entspreche. Die Völkerbundsvollversammlung wird sich sicher einstimmig diesem Wunsche des Rates anschließen. (Zustimmung.) Obgleich die Vereinigten Staaten dem Völkerbund nicht angehören, sind doch die Ideale, die die Regierung von Washington und uns befehlen, die gleichen. Die Vereinigten Staaten haben sich bereits an dem größten Teil der Arbeiten beteiligt.

Gegenseitiges Mißtrauen wird die Völker gemeinsam in ihr Verderben stürzen.

Dahin darf es nicht kommen. Niemand in dieser Versammlung wird sich einer Täuschung über die Gefahren hingeben, die Europa bedrohen. Um ihnen zu begegnen, haben die Verfasser des Genfer Protokolls den Angreifer im Kriege in ein Netz von Sanktionen fesseln wollen. Der Optimismus des Völkerbundes ist durchaus nicht blind, er hält die Augen weit geöffnet. Millionen junger Leute haben durch ihre Opfer der Welt den Frieden nicht gebracht, wohl aber die Möglichkeit, den Frieden auf der festen Grundlage des Rechtes aufzubauen. Rufe unsere Versammlung nach dem Wohlstand Wilhelms von Oranien handeln: Hoffen, Wagen, Ausharren.

Beschäftigung für gewisse Erzeugnisse hier und für andere dort zu kommen, also in der Konsequenz auch gewisse Produktionszweige still zu legen, um in anderen Zweigen volle Beschäftigung zu haben. Daher ergebe sich zwangsläufig eine solche Art der Spezialisierung, daß den beteiligten Konzernen jeweils diejenigen Aufträge zugeteilt würden, für die ihre Werke am besten eingerichtet sind und die Werte geographisch fruchtliche Lage haben.

Aus den Verhandlungen über solche Spezialisierungsmaßnahmen hat sich nun ergeben, daß eine derartige Regelung in größerem Umfang nicht an der Lebensdauer der Syndikate geknüpft werden kann. Es bedarf dazu langfristiger Verträge unter den beteiligten Werken und einer starken Beschränkung der Eigenbestimmungsrechte, sowie einer Berücksichtigung der verschiedenen finanziellen Interessen. Man verhandelt deshalb jetzt allen Ernstes über eine staats Interessengemeinschaft zwischen Krupp, Thyssen, Rhein Stahl und den Werken der Rhein-Elbe-Union (Dt. Luxemburger, Eisenhütten- und Bergwerks-Aktiengesellschaft und dem Bochumer Verein).

Außerhalb dieses Bloks würden dann an großen Konzernen nur bleiben: Klockner, Gute Hoffnungshütte, Hoersch, Mannesmann und Stumm.

Über den Stand dieser Verhandlungen wird berichtet, daß man sich im Kreise der Beteiligten bereits durch Austausch genauer und umfassenden Materials über alle technischen und produktionsstatistischen Fragen einen Ueberblick über die Möglichkeit verschafft hat, gegebenenfalls eine einheitliche Betriebsverwaltung einzurichten. Zurzeit arbeiten eine Anzahl von Spezialauschüssen an der Lösung von Teilfragen. Etwas Endgültiges ist natürlich noch nicht beschlossen. Die Personenfragen dürften recht große Schwierigkeiten machen, denn für die Leitung der zu bildenden Spitzengesellschaft kandidiert sozusagen jedes Mitglied der derzeitigen Einzellösungen. Andererseits gibt man offen der Ueberzeugung Ausdruck, mit einem Zusammenschluß schon zu lange gewartet zu haben. Auch wird die Dringlichkeit der Finanzsorgen jedes Konzerns betont. In dieser Beziehung arbeitet der Finanzdirektor von Krupp, Herr Wiedfeldt, mit starken Gründen für den Zusammenschluß, dessen Voraussetzung die Konsolidierung der vielen kurzfristigen Schulden der einzelnen Werke zu einer großen langfristigen Schuld sein soll, die man im In- und Auslande zu plazieren gedenkt und für die der Montanblok sicherlich ein Garant von entscheidender Qualität sein würde.

In der Folge eines Zusammenschlusses von solchem Ausmaß würden starke Produktionsverschiebungen, auch Entlegungen in beträchtlichem Ausmaße stattfinden. Das bedeutet natürlich auch große Veränderungen für die Arbeiterschaft. Dabei wird die Umlegung von Betriebsbesitzungen auf andere Betriebe durch Einrichtung neuer und auszubauender Betriebsgelegentheiten am wenigsten Schwierigkeiten machen. Jedoch wird zugegeben, daß man auch mit einer erheblichen Arbeitslosigkeit als Folge der Blockbildung rechnen. Jedenfalls ist also damit zu rechnen, daß die soziale Situation im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die bereits durch die rigorosen Maßnahmen des Bergbaus außerordentlich verschärft ist, weiter verschärft wird.

Internationale Sommerschulen.

Von Albert Falkenberg.

Internationalismus, wie wir ihn verstehen, kann weder in der politischen, noch in der gewerkschaftlichen Praxis zu Dauererfolgen führen, solange nicht in den Massen auf Grund der Kenntnis internationaler Zusammenhänge die Notwendigkeit internationalen Handelns erkannt wird. Also Internationalismus nicht mehr als bloßes Sonntagsvergnügen, sondern als praktische Auswirkung innerlich gesteigertem Ueberzeugung. Sie kann nicht gewaltsam aufgezungen werden, sie muß wachsen. Als einer der sichersten Wege, dieses Wachstum zu fördern, beginnt der Versuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam), gewerkschaftlich orientierte Sommerschulen in den dem I.G.B. angeschlossenen Ländern zu veranstalten, sich auszuwirken. Noch fehlt die letzte Rundung im Programm und Methode, die Möglichkeit systematischer Verarbeitung gewonnener Erfahrungen war nicht gegeben. Was 1924 in Oxford und Schönbrunn gewagt wurde, war nichts als ein tastender Versuch, zu neuen Wegen zu kommen. Kritik wurde laut — Schweigsamkeit wäre schlimmer gewesen. Nun ist eben die erste diesjährige, in Brunsvik am Båmanssee in Schweden veranstaltete Sommerschule geschlossen und die zweite Sommerschule in Prag eröffnet worden. Wer über Brunsvik urteilen will, muß vorerst die Begleitumstände zu würdigen versuchen.

Schon der Auftakt der Brunsviker Sommerschule war verheißungsvoll. Der Empfang der Sommerschulbesucher im fremden Lande kann für das Gesamtergebnis der Veranstaltung von ausschlaggebender Bedeutung werden, weil neben dem Erwerb von Wissen der Gedankenaustausch im Vordergrund steht. Er wird erleichtert, wenn die Vertreter des gastgebenden Landes verstehen, eine Atmosphäre zu schaffen, in der Internationalismus gedeihen kann. Und das haben die Schweden in vorbildlicher Weise verstanden. Natürliche Herzlichkeit und ein in ihr begründetes starkes Solidaritätsgefühl schufen von erster Stunde an ein internationales Freundschaftsverhältnis, das auch nicht einmal während der Dauer der Sommerschule ins Wanken geriet — das sogar eine Art offizieller Bekräftigung durch die kameradschaftliche Beteiligung des schwedischen Ministerpräsidenten als Dozenten an der Brunsviker Sommerschule erfuhr.

Einer der ruhenden Pole in der schwedischen Arbeiterbildungsbewegung ist die Volkshochschule in Brunsvik, die von dem Studienrektor Hugo im Verein mit dem Ministerpräsidenten Sandler, dem Nachfolger Brantings, als erstem Vorsitzenden mustergültig geleitet wird. Gibt es ein anderes Land außer Schweden, in dem der höchste Beamte nicht nur Zeit findet, Vorlesungen zu halten, sondern auch die höchstet befristet, so sehr Mensch zu sein wie dieser schwedische Ministerpräsident, dem die Herzen der Vertreter aller Nationen zufliegen? Ist es anderswo denkbar, daß der Finanzminister eines Nachbarlandes als Dozent seine Arbeitskraft für das gemeinsame Ziel zur Verfügung stellt und sich als Freund der allen heiligen Sache unter Freunden heimlich fühlt? Solche Unwägbarkeiten allein bedeuten schon die Hälfte des Gelingens.

Aber noch ein anderes Moment verdient hervorgehoben zu werden. Was bedeutet die in Brunsvik geleistete Arbeit anderes als die Festigung der Grundlage für das Wachstum einer neuen Welt, einer besseren Welt? Die große Zahl der zu behandelnden Probleme bedingt geradezu nicht nur die Beteiligung vieler Kräfte, sondern auch ihre Zusammenfassung aus den verschiedensten Bevölkerungsschichten. An der diesjährigen Sommerschule in Brunsvik haben als Hörer teilgenommen: 4 Studenten, 4 Lehrer, 2 Angehörige sozialer Berufe, 2 Handwerker, 5 Arbeiter, 4 Beamte, 5 Angestellte, 2 Schriftsteller, 1 Kaufmann, 10 Gewerkschaftsbeamte, 6 sonstige Berufe. Von diesen Hörern standen 2 im Alter von mehr als 50 Jahren, 5 Hörer waren über 40 Jahre alt, 18 Hörer 30 Jahre und darüber, 19 Hörer 20 Jahre und darüber, 1 Hörer (Student) war 17 Jahre alt.

Der für die Sommerschule vorgesehene Vorlesungsstoff wurde von 10 Dozenten (Holland, England, Amerika, Tschechoslowakei, Polen, Deutschland, Dänemark und Schweden) bewältigt. Neben der internationalen Arbeiterbewegung fand naturgemäß die Gewerkschaftsbewegung in den verschiedenen Ländern (Schweden, England, Amerika, Dänemark, Deutschland, Polen, Tschechoslowakei) weitestgehende Berücksichtigung. Eine für den deutschen Hörer besonders interessante Vorlesung des Ministerpräsidenten Sandler über „Die Sozialisierungsfrage in Schweden“ konnte wegen Zeitmangel leider nicht so eingehend diskutiert werden, wie die Bedeutung des Themas es verlangt hätte. Besonders Interesse weckten die Vorlesungen Engelbert Grafs über „Die Konzentration des Kapitals und die modernen kapitalistischen Entwicklungstendenzen in ihrer Auswirkung auf die Gewerkschaftsbewegung“ sowie über „Die soziale und wirtschaftliche Geschichte der Vereinigten Staaten“ von dem Direktor des Arbeiterbildungsbureau Spencer Miller.

Die in wohlmeinender Absicht bereitgestellte Stoffmenge erwies sich als zu reichhaltig. Wie stets bei solchen Veranstaltungen ergab die Behandlung der Thematika für den Hörer so viele Problemstellungen, daß eine Ueberbelastung der Diskussion entstand, die zu einer starken Beschränkung der Erörterung der Hauptfragen führen mußte. Dieser Zustand wird sich in Zukunft am besten dadurch vermeiden lassen, daß höchstens zwei bis drei Grundfragen für die Dauer der Sommerschule zur Erörterung gestellt werden. Dann lassen sich auch die vor Beginn der Tagung schriftlich fertiggestellten Referate

Der Maslow-Prozess.

Vier Jahre Gefängnis gegen Maslow beantragt.

Leipzig, 7. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Schluß seiner anderthalbstündigen Ausführungen erklärte der Rechtsanwalt, daß die Angeklagten nach § 7 des Gesetzes zum Schutz der Republik und nach §§ 83 und 86 des Strafgesetzbuches zu verurteilen seien. Dabei müsse man jedoch auch die Frage der Amnestie berücksichtigen, die bei Strafen in Frage komme, die eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren nicht überschreiten. Bei Grelowicz, Schumacher und Redelski komme eine Strafe über zwei Jahre Gefängnis nicht in Frage, so daß der Rechtsanwalt hier die Einstellung des Verfahrens beantragte. Bei dem Angeklagten Schlecht beantragte er drei Jahre Gefängnis und 500 M. Geldstrafe, gegen Maslow als Hauptangeklagten vier Jahre Gefängnis und eine Geldstrafe von 500 M. und nach § 9 des Gesetzes zum Schutz der Republik die Ausweisung aus dem Reichsgebiet. Die Untersuchungsbehörde soll dem Angeklagten in Höhe von 12 Monaten angedroht werden.

Genosse Stücklen verunglückt.

In die Klinik übergeführt.

München, 7. September. (W.F.B.) Reichstagsabgeordneter Stücklen ist laut Meldung der „Münchener Post“ auf einer Dienstreise von Trostberg nach Wasserburg am Inn verunglückt. Er hat eine schwere Verletzung davongetragen, die seine sofortige Ueberführung nach München in die Chirurgische Klinik erforderlich machte. Zu ersten Beforgnissen gibt sein Befinden keinen Anlaß.

Der werdende Montanblok.

Zusammenschluß Otto Wolff, Krupp, Thyssen, Rhein Stahl und Rhein-Elbe-Union.

Solingen, 7. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Ungewißheit über die Zusammenschlußbestrebungen innerhalb der rheinisch-westfälischen Montanindustrie beginnt jetzt zu weichen. Ein Mitarbeiter der „Kölnischen Zeitung“, der Gelegenheit hatte, führende Persönlichkeiten der Industrie zu befragen, konnte feststellen, daß ein Zusammenschluß in viel festerer Form beabsichtigt ist, als bisher angenommen wurde. Es wird auf das Gegenbeispiel in der chemischen Großindustrie verwiesen, deren Zusammenschluß zu einer einheitlichen Gesellschaft wohl noch im Laufe dieses Jahres erfolgen wird.

Ausgangspunkt der Verhandlungen in der Schwerindustrie war die folgende Ueberlegung:

Die vertikale Konzernbildung hat es mit sich gebracht, daß in den Werken fast jedes großen Konzerns so gut wie alle Stahl- und Walzwerkzeugnisse hergestellt werden. Eine volle oder auch annähernd rationelle Beschäftigung für ihre Erzeugungsmöglichkeiten haben die Konzerne aber schon seit längerer Zeit nur in den seltensten Fällen für die eine oder andere Spezialproduktion. Hieraus entwickelte sich der in geringem Umfange schon verwirklichte Gedanke, durch Auftrags- und Syndikatsquoten austausch der Konzerne untereinander zu einer besseren

rate von den Hören besser erfassen. Es besteht alsdann die Möglichkeit geistiger Verarbeitung des Stoffes und fruchtbarer Gestaltung der Diskussion. Wenn dazu noch die vorgelegenen Besichtigungen von Betrieben und Industrieanlagen in innere Verbindung mit dem theoretischen Lehrstoff gebracht werden, wird das Ergebnis der internationalen Sommerschulen zwar eine Einschränkung betreffend Zahl und Umfang der Anregungen darstellen, übrigens aber einen auf Beschlossenheit der Gedankengänge beruhenden geistigen Gewinn bedeuten.

Auch dieses Mal haben die in das Bergwerk nach Grangesberg sowie nach Domnaröet zur Besichtigung von Stahlwerk und Papierfabrik unternommenen Ausflüge dem einzelnen neben der Erweiterung seiner theoretischen Kenntnisse wünschenswerte Bereicherung seines Wissens der Praxis gebracht, und dennoch entstand der Hauptgewinn allen politisch Denkenden aus dem Einblick in die Wesensart der Politik dieses merkwürdigen Landes. Ein König „regiert“ Schweden, aber die Freiheit des einzelnen ist größer als in mancher westeuropäischen Republik. Zu Lebzeiten Brantings hat dieser König, der mit Schwedens damaligem Ministerpräsidenten auf der gleichen Schulbank gesessen und ihn nur im Tennisplatz übertraf, in Rizza einmal auf die Frage eines Interdiewers, wie es um Schwedens Politik stände, in richtiger Würdigung seiner Stellung im Staate geantwortet: „Da müssen Sie Branting fragen.“ In kaum einem Baurhaus oder Bureau, in das wir kamen, fehlte Brantings Bildnis. Dieser Mann war ein Mann des Volkes im wahren Sinne des Wortes; er war nicht mehr wegzudenken, denn seit dreißig Jahren hatte er im schwedischen Reichstag die Geschicke des Volkes wenn nicht gelenkt, so doch stark beeinflusst. Er war Sozialdemokrat, aber von Prinzipien nicht minder verehrt als von dem Mann im Arbeiterrock. Das hatte seinen Grund, wie alles in der Welt. Dieser schwedische Außenminister, der in Genf im Kreise der Großen dieser Welt Völkerbundspolitik machte, erinnerte sich beim Ableben eines Veteranen der politischen Arbeiterbewegung Schwedens der um die politische Freiheit des Volkes gemeinsam geführten Kämpfe. Unerkant legte er einen Kranz auf das frischgeschäufelte Grab. Die Trauerversammlung stuzte, der schwedische Ministerpräsident fuhr im Auto davon. Tage nachher verkündete die Presse, durch wen dem Toten die letzte Ehrung zuteil wurde.

Es wäre vermessend, behaupten zu wollen, daß Schweden das Land politischer Vollkommenheit sei. Die fortschreitende Industrialisierung des Landes steigert naturgemäß auch dort die Klassengegenstände. Zurzeit aber verfügt das schwedische Volk noch über einen so reichen Fonds sozialgerechten Empfindens, daß mit den aus ihm stießenden Energien die auf Seiten des Kapitalismus vordringenden Kräfte im Schach gehalten werden können. Uebrigens tut die sozialistische Regierung Schwedens das Menschenmöglichste zur geistigen Hebung des arbeitenden Menschen; sie bereitet dadurch den Boden für die im Wege der Entwicklung sich vollziehende Abschleifung wirtschaftlicher Reibungsflächen. Wer einmal Gelegenheit hatte, politische Versammlungen auf dem flachen Lande zu besuchen, wird von dem politischen Eifer und der tiefwurzelnden politischen Ueberzeugung der arbeitenden Bevölkerung seine helle Freude gehabt haben. Nicht zuletzt gebührt der schwedischen Arbeiterbildungsbewegung das Verdienst, durch unermüdete Kleinarbeit das politische Niveau gehoben zu haben.

Schweden ist nicht Deutschland. Aber zu lernen gibt es für uns in Schweden auf vielen Gebieten. Der Leitung des IGB. gebührt Dank dafür, daß sie uns durch Veranstaltung der Sommerschule in Brunsoil Menschen und Dinge nahegebracht hat, deren Studium auf die Entwicklung des einzelnen nicht ohne Einfluß bleiben wird. Allen Kritikern aber, auch denen „aus Prinzip“, sollten die in Brunsoil gewonnenen Erfahrungen dazu dienen, die internationalen Sommerschulen künftiger Jahre noch fruchtbarer, noch vollkommener zu gestalten.

Der Paletot.

Von Erna Böling.

Selbst Kleider müssen es zugeben, er hat Schick und Farbe, der Paletot. Er ist eleganteste Hahnform. Der menschliche Körper, der in ihn eingehüllt wird, gibt unbedingt etwas her, wird Erhellung. Das ist viel wert in der heutigen Zeit, der Zeit der prunkvoll verklärten Miesstufen, der Lichtstrahlen und der repräsentativen Geschäftsauffichten. Man braucht keinen inneren Gehalt, man muß nur auffallen, dann ist man eine nicht anzuzweifelnde Größe der Gegenwart. Und der Paletot fällt auf. Der Besitzer weiß, was er diesem Paletot schuldig ist, darum kann keine Mutter einem Bäckelnde eine aufmerksamer Pflege angeheihen lassen, wie er sie dem Paletot zu Teil werden läßt. Kommt der Paletot von einem Spaziergang zurück, wird er sein säuberlich gereinigt, jeder Knopf wird sorgsam auf seine Festigkeit hin untersucht. Taschen und Futter werden ängstlich ob ihrer Unversehrtheit überprüft. Dann wird der Paletot in den Kleiderschrank gehängt, wo er weiterhin paradiert kann, als einzige Wichtigkeit unter lauter Lumpen.

Der junge Mann, der sich so zierbewußt mit dem Paletot schmückt, ist kein Hochstapler, auch kein Portofassjüngling, der Bar- und Straßensoldaten nachschauen sucht, sondern ein einfacher Arbeiter. Einer von den Menschen, die ohne Bank-, Währungs- und Geschäftskennntnisse von allen Schwankungen des Wirtschaftens weggelassen wird. Als fest- und kraftloser Schulenaflaster stand er während des Krieges hinter dem Ladentisch und verkaufte für seinen reich werdenden Herrn verbrannte Steckrüben als Kaffeeersatz, bis der eingezogene Verkäufer des Geschäfts mit Friedensschluß zurückkam. Darauf fehlte für den jetzigen Paletotbesitzer das Stellenjucken ein. Schließlich jähste er zur Zeit der Inflation in einer Bank Papiergeld. Es kam die Stabilisierung und der junge Mensch stand wieder auf der Straße. Endlich vertraute ihm jemand Flugblätter an, die zum billigen Häuserbau einluden. Fleißig lief er treppauf, treppab, und die Hände waren gierig und die Augen freudig, wo er seine Schriften anbot. Es kam Geld zuhauf, und die Gesellschaft florierete, bis der Herr Direktor Schnjucht noch dem Pariser Nachleben bekam und verschwand. Der junge Mann erhielt sein letztes Monatsgehalt nicht ausbezahlt, dafür aber bei einem Waffenschlag der Betrogenen regelrechte Reile.

Jetzt sucht er wieder Stellung. Viele gute Anschläge kennt er schon auswendig, „man muß sich konzentrieren“, „nur als Spezialist kann man heute was werden“, „einzig der Willensmensch kommt vorwärts“ ufm. Anschläge, die wohl Leute befolgen können, die auch überübermorgen noch etwas zu essen haben. Der junge Mann weiß, ein Tag hat 24 Stunden und drei Mahlzeiten. Wenn man dem Wagen dreimal am Tage etwas anbietet, ist man zur höchsten

„Christlich-Konservativ.“

Die Auseinandersetzungen mit dem Zentrum.

Abgeordneter v. Papen, einer jener Vertreter der Zentrumsfraktion im Landtag, die die Koalition zwischen Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum in Preußen mit allen Mitteln zu sprengen veruchten, setzt sich in der „Germania“ mit dem „christlich-konservativen Gedanken“ auseinander, wie er ihn versteht. Er führt aus:

„Was uns nützt, ist mehr gegenseitiges Vertrauen und Vertrauen. Dazu muß der christlich-konservative Gedanke in der Gesamtheit unseres Parteilbens wirksam werden. Gerade das Zentrum hat in diesem Ausgange der Geister die bedeutungsvollste Mission auf Grund seiner spezifisch katholischen Berufung. Die Sammlung des deutschen Katholizismus wird eben nur unter dieser Devise möglich sein.“

Das klingt sehr zahm. Was Herr v. Papen aber tatsächlich unter dem „Ausgleich“ der Geister versteht, wird deutlich, wenn er in der Frage eines Zusammengehens zwischen Zentrum und Sozialdemokraten bemerkt:

„Immer wird sorgsam geprüft werden müssen, inwiefern eine solche Zusammenarbeit nicht die äußerliche Nachstellung des Sozialismus in den Augen der kritischen Masse vergrößert, zumindest sie erhält. Von diesem Gesichtspunkt aus wird man sorgen müssen, daß unsere Presse mehr als in den vergangenen Jahren Licht und Schatten gleich verteilt.“

Das Papensche Rezept einer Förderung des gegenseitigen Vertrauens und Vertrauens und eines Ausgleichs der Geister besteht also darin, die Stellung der Sozialdemokratie zu untergraben. Diesen Zweck möchte er vor allem die Zentrumspresse dienstbar machen. Zu dem Zwecke hat er auch wohl die Mehrheit der „Germania“-Aktien erworben. Und aus diesem Besitztum leitet er das Recht ab, sein konservatives Licht in der „Germania“ leuchten zu lassen.

Die Auseinandersetzungen im Zentrum haben gezeigt, daß viele Kreise des Zentrums diese „Art von „christlicher“ Politik zurückweisen. Das ist natürlich auch Herrn v. Papen bekannt. Er rechnet offenbar damit, daß er und seine Clique mit der Zeit das erreichen wird, was im Augenblick nicht durchzuführen ist. Die Sozialdemokratie wird sich aber keineswegs zum Prügelknaben für die konservativen Zentrumsmitglieder hergeben. Sie wird die „Christlich-Konservativen“ im Landtag zu zwingen wissen, Farbe zu bekennen. Herr v. Papen wird unter Umständen sehr bald Gelegenheit haben, das christlich-konservative Programm, wie er es auffaßt, vor den Wählern zu verantworten.

Rehrt Wirth zurück?

Der Fall Wirth vor dem badischen Parteitag.

Karlsruhe, 7. September. (Eigener Drahtbericht.) Dem Parteitag des badischen Zentrums, der am Sonnabend und Sonntag in Offenburg zur Vorbereitung der Landtagswahlen stattfand, war der Stempel aufgedrückt durch die Förderung des Schrittes von Wirth. Wirth selbst, sowie der Parteivorstand, waren zugegen, während der Vorsitzende der Reichstagsfraktion Fehrenbach fehlte. In einer Sitzung, die über fünf Stunden dauerte, erörterte das Zentralkomitee der badischen Zentrumsfraktion unter dem Vorsitz des badischen Parteiführers, Prälat Schöfer, den Austritt Wirths aus der Reichstagsfraktion. Nach einem einseitigen Referat Schöfers begründete Wirth eingehend seine Haltung. Darauf entspann sich eine längere Aussprache, die ihre Bedeutung durch die Ausführungen des Parteivorstandes Wirth erhielt. Er erklärte, daß es den drei Parteien der Weimarer Koalition, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, zu danken sei, wenn noch ein einiges Reich bestehe; diese drei Parteien hätten in der Zeit der höchsten

Not nicht nur kritisiert, sondern am Aufbau gearbeitet. Wirth sagte Wirth:

„Wie die Deutschnationalen in den Jahren ihrer Opposition das Volk belogen und betrogen haben, ist unerhört. Ist jetzt vielleicht die Note zur Kriegsschuldfrage erlassen worden, deren Unterbleiben der Regierung Wirth als Landesverrat angekreidet worden war?“

Im übrigen betonte Wirth, das Zentrum werde dafür sorgen, daß sich die Reichsparteien nicht in der letzten Minute vor der Entscheidung um Sicherheitspakt und Eintritt in den Völkerbund der Verantwortung entziehen. Die Einstellung führender Mitglieder der deutschnationalen Reichstagsfraktion zum Sicherheitspakt bezeichnete er als staatsgefährlich. Wirth schloß seine Ausführungen mit einem unzweideutigen und mannhaften Bekenntnis zur Weimarer Verfassung.

Volles Verständnis brachten in der Aussprache die beiden Abgeordneten Diez und Ersing dem Schritte Wirths entgegen. Von seiner Seite war irgendwie ein Wirthensantrag gegen Wirth eingebracht worden. In einer Entschliessung wurde dann der Wunsch ausgesprochen, daß Dr. Wirth künftighin bald wieder in die Zentrumsfraktion des Reichstages zurückkehre. Gleichzeitig wird aber der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Voraussetzungen für diese Rückkehr in die Reichstagsfraktion gefördert werden, und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß ein allgemeiner Reichsparteitag einberufen wird.

Am Sonntag hatte Dr. Wirth Gelegenheit, vor dem Gesamtparteitag der badischen Zentrumsfraktion die Gründe für seinen Austritt aus der Reichstagsfraktion ausführlich darzulegen. Er sprach sich dabei offen für die Rückkehr zur Weimarer Koalition aus und gab als Gründe für seine Haltung seine Unzufriedenheit mit der Außenpolitik und der Sozialpolitik der Reichsregierung und seine Sorge um die republikanische Staatsform an. Nach Wirth sprach Wirth, der versicherte, daß die Republik nach der Wahl Hindenburgs fester stehe denn je. Auch alle Voraussetzungen über die Wahl Hindenburgs für die Außenpolitik seien nicht in Erfüllung gegangen. Er versicherte, daß er als Parteivorstand unbedingt darauf bestehen werde, daß in der losen Verbindung des Zentrums mit der Regierung Luther keine Veränderung eintritt. Die Reichstagsfraktion, so betonte Wirth, könne einen Mann wie Dr. Wirth, der zahlreiche Freunde in ihren Reihen habe, nicht entbehren. Der Parteitag machte sich dann die vom Zentralkomitee vorgelegte Entschliessung zu eigen.

Dr. Wirth hat am Sonntag abend dann seine schon längst beabsichtigte Reise nach Amerika angetreten.

Ehrhardts Ausbrecher-Gehilfen.

Auch sie sind amnestiert.

Kapitän Ehrhardt, der Ehrenmann, hat trotz ständlicher Verfolgung wegen politischer und krimineller Verbrechen vom Münchener Polizeipräsidenten Kustandspässe erhalten, bei hohen und höchsten Dienststellen der Republik ein- und ausgehen dürfen, im Auftrag des höchsten Exekutivbeamten der bayerischen Republik „Freiwilligenverbände“ zum Zweck des Bürgerkrieges ausgeben und führen können. Kurz und gut, mehr Freiheiten genossen als wenn er nicht ständlich verfolgt wäre. Wo Ehrhardt war und was Ehrhardt tat, piffen die Späher von den Dächern, aber der Staatsanwalt fand ihn nicht.

Einmal gelang es dem Untersuchungsrichter Reichsgerichtsrat Reg, ihn in München selbst zu fassen und nach Leipzig zu transportieren. Dort sah er im Untersuchungsgefängnis. Aber wenige Tage vor dem Beginn der Verhandlung war Ehrhardt verschwunden. Ein mit allen Verbrechertücken arbeitendes Ausbrecher-Kollektivum hatte ihn zur Flucht verholfen. Und wie zum Hohn ließ Ehrhardt, der Meinelde, durch des trefflichen Jugenberg Druckerchwärze der Welt verkünden, wie er und mit welchen Mitteln seine Kumpans wochenlang an dem Ausbruch gearbeitet haben.

Der Oberreichsanwalt findet jeden kommunistischen Arbeiter, der des „Hochverrats“ auch nur von fern verdächtig ist. Den ausgebrochenen Meinelde-Ehrhardt und seine Ausbrechergehilfen fand

Lebensentfaltung gekommen, ist dem Tag Genüge getan. Darum klammern in seinem Bewußtsein Freudenfeuer auf, wenn er von Ausbühnen steht. Von einer Position träumt er nicht einmal mehr, für ihn ist es schon ein wahres Glück, Aushilfe sein zu dürfen. In allen Privatkontoren von Chefs lagert moralische Luft, weshalb dort nur anständig gekleidete Leute etwas gelten. Der Paletot hat ihm bereits wirklichen Nutzen getan. Er ist die mehrfache Umpanzerung menschlicher Jagheit. Mit dünnen Worten gesagt, dem Paletot haben sich schon Verdienstmöglichkeiten erschlossen, als da sind Adressenschriften ufm. Mit nervösem Fatalismus denkt der magere junge Mann an die Zukunft, wo der Paletot sein Ansehen verlieren wird. Von keinem Chef wird der angebotenen Arbeitskraft eine verständnisvolle Würdigung mehr zu Teil werden. Der Magen des jungen Mannes verlangt dreimal täglich Essen, weshalb kein neuer Paletot angeschafft werden kann.

Ja, was wird denn nun aus dem jungen Mann, wenn der Paletot abgehängt ist?

Berliner Theater: „Eine Nacht in Venedig“. Auch der heilige Name Johann Strauß kann uns nicht hindern, diese komische Oper als eine Halbheit zu bezeichnen. Das Werk ist 1883 in einer nicht sehr produktiven Laune des Meisters geschrieben worden und hat sich nie eingebürgert. Sie wird es auch in der Einrichtung von Korngold nicht. Dafür hat uns die Zeit in unserem rhythmischen Fühlen allzu sehr umgestellt, und von den alten großen Operetten gefüllt uns eben nur noch das schlechtweg Geniale, also Fiebermanus oder Zigeunerbaron. So diese „Nacht in Venedig“ wirklich reizvoll ist, da klingt sie nach den „Geschichten aus dem Wiener Wald“ oder anderen Straußschen Bolzern. Auch ein Duett und ein Couplet auf die Treue, resp. gegen die Treue gefüllt im zweiten Akt. Im übrigen ist in der Musik allzu viel Sentimentales und Larmoyantes stehen geblieben. Was Korngold an der Partitur geändert hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Er scheint das Instrument farbiger gemacht zu haben, einzelne Nummern frischer zusammengepackt und ab und zu den Couplets einen modernen Abstrich gegeben zu haben. (Z. B. mit Typophonschlägen von 1920.) Die Lustigkeit des Wortwurfs entfällt sich auch nicht recht. Es handelt sich um einen italienischen Herzog, der mit vielen Frauen Venedigs herumspielt und der von einer lustigen Frau mit der eigenen Schwester und deren Jose beim Maskenfest betrogen wird. Erst zum Schluß findet er die rechte. Die Nebenpersonen sind wichtiger als die Hauptpersonen. Die Aufführung war durch die Mitwirkung Taubers, der den Liebhaber vorzüglich lang, festlich gehoben. Er konnte es zu einem dreimaligen da capo bringen, und auch Hermann Feiner als beweglicher Leibdiener konnte den gleichen Erfolg buchen. Von den Frauen war hilde Börner die lustigste, während Cordy Wilomitsch so hübsch lang wie sie aussah. Korngold war nicht eben sehr sicher in der Leitung des Ganzen, schwang sich aber in dem Finale zu einer besonders temperamentvollen Leistung auf. Das Werk mag vorübergehend und zu Ehren des 100. Geburtstags von Johann Strauß ein paar Wochen lang das Haus füllen; das Urteil, das die Gedächtnisse bisher gesprochen hat, wird darüber nicht revidiert. R. S.

Ein russischer Abend im Schauspielhaus. Das staatliche Schauspielhaus eröffnet die Saison mit einem Zwiegespräch von Autoren, die die größten Begegnisse aufweisen, aber ihr Gemeinames im Stoffe haben: Shaw und Tschchow behandeln beide ein Stück Rußland. Shaw weht seinen Witz, läßt seine ironischen Dichter aufleuchten an der Kontrastierung der großen Katharina und ihres vollstößigen Hofes mit der Korrektheit eines Engländer; Tschchow gibt im „Bär“ einen burlesk gezeichneten Auschnitt aus dem russischen Provinzleben (der Vorkriegszeit). Beide Stücke haben keine erhebliche literarische Bedeutung, aber beide sind gutes Theater und stellen Schauspielern und Regisseur lockende Aufgaben. Und in beiden kommt die breite, urwüchsige, manchmal barbarische, aber auch naturhaft-geniale russische Art zum Ausdruck. Jürgen Fehling wurde dem wichtigen Shaw wie dem losgelassenen Tschchow gerecht. Shaws beständiger Geschichtsunterricht fand in Agnes Straub vollendete Verkörperung. Sie war sprühender Geist und ungeheffte Natur in einem und von einer entzückenden Ueberlegenheit über den trockenen Engländer, den sie zu ihrem Geliebten machen möchte, aber seiner Verlobten zurückgibt. Der russische Volkstümlichkeit ist bei Shaw Potemkin, Ferdinand Hari, ein neues Mitglied des Hauses, erprobte sich daran. Er spielt seine Besessenheit, sein Rülpsen, sein Animalisches so sehr in den Vordergrund und macht bei vielen guten Einzelarbeiten aus einer Natur ein Konstrukt. — Im Tschchow feiert Jakob Tiedke bei seinem Debut sogleich Triumph. Er ist die geborene Vollnatur, und sein russischer Völkchen, der ein ungläublicher Kerl und eine Seele zugleich ist, gewinnt nicht nur mit seiner Grobheit, Rücksichtslosigkeit, Grobheit die trauernde Witwe, bei der er die Schuden ihres Mannes einfassiert, sondern bezwingt auch die Zuschauer, die gar nicht zu Atem kommen in diesem Ungeheuer komischer Situationen. Zu diesem Ungeheuer, das von Vitalität plagt, ist Lucie Manheim, die neilteste Geistespielerin: fein und zärtlich, bis sie von seiner Wildheit mit fortgerissen wird und sich alles in dem Knauffest eines Duells aufzulösen droht. Aber ihr Haß offenbart sich noch rechtzeitig als ungeschlagene Liebe, und befreitendes Lachen befrucht den tollen Spektakel.

Frisch Hansen traf Sonntag vormittag von Berlin kommend in Dessau ein, wo er vom Professor Junker und dessen Gatt. Eren Hedra, empfangen wurde. Der dreistündige Aufenthalt Hansens in Dessau galt einem persönlichen Besuch Junkers, der Besichtigung der Flugwerke und vor allem der Vorbereitung Schwedens internationaler Luftverkehrsfragen. Hansen legte hierauf seine Luftreise im Flugzeug nach Genf zur Völkerbundtagung fort.

Carl Hans Justhous-Erinnerungen. Am Herbst vorigen Jahres wurde der Rechtsanwalt Dr. Carl Hans nach 17jähriger Justizarbeit in Freiheit gesetzt. Er war im Jahre 1907 vom Schwurgericht Karlsruhe des Mordes an seiner Schwiegermutter schuldig erkannt und zum Tode verurteilt worden. Nachdem er zu lebenslänglichem Justhous begnadigt worden war, wurde ihm im vorigen Jahre die Freiheit wiedergegeben und er brnt nun seine Erinnerungen aus dem Justhous geschrieben, die demnächst zur Veröffentlichung gelangen.

Das Jubiläum der Petersburger Akademie. Sonnabend abend veranstaltete die Akademie der Wissenschaften in Petersburg ein offiziellen Empfang aus Anlaß ihres 200jährigen Jubiläums, zu dem ausländische und russische Gelehrte, sowie Vertreter der Sowjetregierung, Reichsleiter und Vertreter fremder Mächte aus Moskau erschienen waren. Abordnungen wissenschaftlicher und öffentlicher Anstalten überreichten feierliche Adressen.

nemand wieder. Jetzt ist der Meister amnestiert und die Gefährten folgen nach. Ein Berliner Montagsblatt weiß zu melden, daß folgende Angehörige des alten Heeres die Ausbruch-Kompanie gebildet haben.

1. Kapitänleutnant a. D. Abendroth-Dresden, früher Führer des 4. Bataillons der Brigade Ehrhardt (Spitzname: „Frag“).
2. Leutnant zur See a. D. Biedig-München, früher Adjutant Ehrhardt (Spitzname: „Frik“).
3. Leutnant zur See a. D. Maier, früher Führer der Kampf-wagenabteilung der Brigade Ehrhardt.
4. Leutnant der Reserve Boh, jetzt in Rostock, in letzter Zeit viel genannt als Kollektionsleiter des Frontbannes in Mecklenburg.
5. Oberbootsmannsmaat a. D. Bogt.

Diese Helden sind jetzt gleichfalls amnestiert! Sie stehen hochachtungsvoll da, weil die Republik, der sie Krieg geschworen, inzwischen von Hindenburg-Luther-Schiele-Frenten repräsentiert wird. Und der Oberreichsanwalt wird jetzt auch ihre Adressen haben. Sie interessieren ihn nicht mehr, weil er ja schließlich mit Kommunistenprozessen beschäftigt ist.

Seit Jahren stehen sie in Reich und Glied: Der Landtsknecht, der Reporter, der Sherlock-Holmes-Interpret, der Kinomann, der Lokal-Anzeiger-Leser — und die deutsche Justiz. Das Rechtsbewußtsein im deutschen „Rechtsstaat“. — Du lieber Gott, wer spricht denn noch davon?

Tagung des Reichsbeamtenbeirats.

Ein Auftakt zum Heidelberger Parteitag.

Im Festsaal des preussischen Landtages tagte am 4. und 5. September der Reichsbeamtenbeirat unserer Partei, der sich am ersten Tage mit zwei Referaten der Genossen Stelling und Falkenberg über „Der Beamte in der Republik“ und „Der Kampf des republikanischen Beamten um sein Recht“ befaßte.

Genosse Stelling wies zunächst darauf hin, wie die Beamten unter dem alten Regime litten mußten; sie waren allenuntertänigste Diener ihrer Boten und Instrumente der Herrschaft einer kleinen Kaste, die sich durch Klassenwahlrechte am Ruder hielt. Nach der Staatsumwälzung schwankten die Beamten zunächst; sie entschieden sich, als die Volksauftraggeber die „wohermöglichen Rechte der Beamten“ garantierten. Die Fesseln fielen, hochgepannte Erwartungen wurden an die neue Zeit geknüpft; sie konnten nicht in Erfüllung gehen. Da die geistige Revolutionierung fehlte, die Beamten nicht wußten, was die Republik für sie bedeutete, stieß ein Teil der Beamten wieder ins bürgerliche Lager. Die Reaktion erhob wieder ihr Haupt; in einer Reihe Verwaltungen wurde versucht, im inneren Betrieb wieder die alten Zustände herbeizuführen, was Redner an einer ganzen Reihe von Beispielen nachwies. Viele leitende Beamte sind Feinde der Republik, die sie gleich der Justiz zu unterhöheln versuchen. Mangels einer ausreichenden Demokratisierung der Verwaltung sind diese Beamte Helfershelfer der politischen und wirtschaftlichen Reaktion, die auf eine Beseitigung des aktiven und passiven Wahlrechts und des Reaktionsrechts der Beamten hinarbeiten. Mit der Erhaltung dieser Rechte stehe und falle die sozialdemokratische Beamtenbewegung. Mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln werde sich die Partei gegen diese Versuche wenden. Die Beamten müßten sich mehr als bisher als Träger der Republik fühlen; müßten in Gemeinschaft mit allen Kämpfern für die Republik arbeiten an Auf- und Ausbau zu einer sozialen Republik. In diesem Kampfe gehören Beamte, Angestellte und Arbeiter zusammen, haben eine gemeinsame Front zu bilden im Interesse der Erreichung der sozialen, der wahren Volksrepublik. (Beifälliger Beifall.)

Genosse Falkenberg führte u. a. aus: Republikanische Befinnung kann nicht erzwingen werden. Der Kampf des republikanischen Beamten um sein Recht muß nach drei Seiten geführt werden: gegen die Feinde der Republik schlechthin, gegen die Sabotage der amtlichen Gewalt und den republikfeindlichen Teil der Beamtenschaft. Charakteristisch ist das Verhältnis der parlamentarischen Gesetzgebung zur tatsächlichen Regierung und Verwaltung. Wir haben heute in Deutschland eine republikanische Verfassung und eine obrigkeitliche Verwaltung, das heißt, die Republik ist gemildert durch obrigkeitliche Bureaucratie. Auch die Ueberspannung des Länderpartikularismus bedeutet starke Hemmung fortschrittlicher Praxis in der Verwaltung. Dezentralisation ist der Weg zur Befreiung der Beamten, durch sie wird Deckung von Verantwortlichkeit und Zuständigkeit erreicht sowie die Möglichkeit des Zustroms freiheitlicher Kräfte von unten herauf geschaffen. Redner gab einen Ueberblick über das, was war, er berührte die Sicherung der Beamtenrechte in den Verfassungen anderer Länder und behandelte die in der deutschen Reichsverfassung garantierten Beamtenrechte. Als dringliche Forderungen bezeichnete Falkenberg die endliche Aufhebung der Abbauverordnung, des Besoldungsperzages und der neunmonatigen Arbeitszeit und verlangte die stärkere Berücksichtigung des sozialen Gebaltens in der Besoldung und im Beamtenrechte. Nach Begründung einer Reihe weiterer Forderungen rief Redner die sozialistischen Beamten auf zur Mitwirkung bei der Ausbildung der neuen Staatsautorität. Die Beamten wollen keine Sonderrechte für sich in Anspruch nehmen, sondern als vollberechtigte Staatsbürger auch die volle Verantwortung für die Erfüllung ihrer republikanischen Pflichten tragen. (Beifälliger Beifall.)

Den beiden Referaten folgte eine sehr lebhaft diskutierte, in der die Redner mehr oder weniger auf den Sachsenkonflikt eingingen.

Zum Schluß der Tagung kamen eine Reihe Entschlüsse zur Annahme, die die wichtigsten Fragen der sozialistischen Beamtenbewegung behandeln. In der Entschliessung zu dem Referat des Genossen Falkenberg fordert der Reichsbeamtenbeirat:

„Demokratisierung der Verwaltung. Verwirklichung des Aufstiegsgebührens im Sinne grundlegender Erneuerung der Kräfte in Betrieb und Verwaltung. Anerkennung des Untergebenen als gleichberechtigten Staatsbürger, stärkere Berücksichtigung des sozialen Gebaltens in der Besoldung, sowie im Beamtenrecht. Die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei angehörenden Beamten rufen alle republikanischen Beamten auf zum energischen Kampfe für diese Ziele — um so mehr, als eine rückständige Bureaucratie und eine in einseitiger Interessenerrettung besessene Regierung die soziale Aufwärtsbewegung der Beamten entgegen dem Interesse der Volksgemeinschaft immer aufs neue niederzuhalten trachtet.“

Weitere Entschlüsse fordern u. a. die Beseitigung aller Ausnahmestimmungen gegen weibliche Beamte und vor allen Dingen die Aufhebung des § 14 der Personalabbauperordnung, in dem die weiblichen Beamten mit einem anderen Maß als ihre männlichen Kollegen gemessen werden. Verlangt wird die restlose Beseitigung der Beamtenabbauverordnung in den Ländern und Gemeinden und die Aufhebung des Beamten- und Besoldungsperzages. Es wird gefordert, daß, solange der 1. Mai noch nicht zu einem gesetzlichen Feiertag erhoben ist, die Reichsregierung eine Verfügung erlaßt, aus der die Dienstregelung an diesem Tage bei allen Behörden klar zu ersehen ist. An Stelle des Beamtenauschufsystems wird ein Beamtenrätengesetz für die Wiedergewinnung der 48 stündigen Arbeitswoche eingeführt. Die gleiche Forderung wird mit dem Gewerkschaften gefordert. Eine eingehende Entschliessung behandelt das Problem der Demokratisierung der Verwaltung und des Beamtenbildungswesens. Ein besonderer Antrag fordert von der Reichstagsfraktion Eintreten für die Aufhebung des Reichsarbeitsgesetzes für die Schutzpolizei der Länder und deren Einbeziehung in das allgemeine Beamtenrecht.

Neue Dachstuhlbrände.

Zwei große und eine Anzahl kleinerer Dachstuhlbrände haben am heutigen Vormittag die Berliner Feuerwehr beschäftigt. Allem Anschein nach liegt in einer Anzahl Fällen wiederum Brandstiftung vor. Zum ersten Male haben sich die von dem Berliner Polizeipräsidenten getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Brände bewährt. Vizepolizeipräsident Dr. Friedensburg und Regierungsdirektor Welz waren bei den großen Bränden in der Grünauer, Ecke Wiener Straße und in der Reichenberger Straße persönlich anwesend. Die weitere Untersuchung wird ergeben, ob die Vermutung, daß es sich tatsächlich um Brandstiftung handelt, richtig ist. An der Ecke der Wiener und Grünauer Straße entstand heute morgen 8 Uhr ein Dachstuhlbrand, der sich schnell ausbreitete. Die Feuerwehr, die mit vier Löschzügen anrückte und aus sechs Rohren Wasser gab, konnte zunächst nur von Leitern aus den Brand bekämpfen, da das Dach aus Holzbohlen bestand und die Flammen nicht ins Freie schlagen konnten, wodurch die Rauchentwicklung besonders stark war. Während ein Teil der Feuerwehrmannschaft von außen über die Leitern Wasser gab, schlug ein anderer Teil das Dach von oben auf, um dem Rauch Abzug zu verschaffen. Nachdem das geschehen war, konnte das Feuer auch vom Dach aus bekämpft werden und wurde innerhalb kurzer Zeit auf den Herd beschränkt. Durch die großen Wassermengen haben die oberen Stockwerke stark gelitten. Besonders bemerkenswert ist, daß vom Polizeivizepräsidenten Dr. Friedensburg, der sofort selbst an die Brandstelle eilte, getroffene Maßnahmen, verschiedene Lärme mit Brandwachen zu besetzen, sich bei diesem Brande glänzend bewährt hat, da sowohl die Brandwache auf dem Turm der Emmauskirche wie auch die Brandwache auf dem Turm des Reutlinger Rathauses das Feuer bereits bei der ersten Rauchentwicklung, und zwar um 7.55 Uhr gemeldet haben. Gegen 10 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Hause Reichenberger Str. 154 gerufen, wo ebenfalls der Dachstuhl des Hinterhauses lichterloh brannte. Auch hier mußten mehrere Züge sofort die Löscharbeiten aufnehmen. Da die Arbeiten der Feuerwehr sowie die Ermittlungen der Polizei noch im Gange sind, können Einzelheiten vorerst nicht berichtet werden, doch liegen Anzeichen dafür vor, daß man in beiden Fällen Brandstiftung annehmen muß. Regierungsdirektor Dr. Weiß, Polizeivizepräsident Dr. Friedensburg und das gesamte Brandbezirksamt war auf den Brandstätten anwesend.

Ergänzend können wir hierzu noch folgendes mitteilen: Kurz nach Alarmierung der Feuerwehren, die innerhalb weniger Minuten aus der Wache Reichenberger Straße und Reutlinger erschienen, hatte sich auf die richtige Qualmenentwicklung und den gewaltigen Feuerchein hin eine große Menschenmenge angesammelt. Schutzpolizei war jedoch schnell zur Stelle und regelte die Straßen ab, um die Fußgänger vor herunterstürzenden Balken und Steinen zu schützen. Noch um 11 Uhr mittags war es der Brandkommission des Polizeipräsidenten nicht möglich, wegen der damit verbundenen Lebensgefahr an den Brandherd zu gelangen. Die Vermutung, daß hier wieder Brandstifter am Werke waren, dürfte stichhaltig sein, da trotz der schnellen Feuerbekämpfung der gesamte Dachstuhl bei Eintreffen der Wehren in hellen Flammen stand. Aller Wahrscheinlichkeit nach muß der gesamte überhängende Sims — das einzige Ueberbleibsel des gänzlich ausgebrannten Dachstuhls — heruntergerissen werden.

Die ohnehin große Erregung in der Bevölkerung steigerte sich noch, als gegen 10 Uhr bekannt wurde, daß einige Häuser weiter, in der Reichenberger Str. 154, der Dachstuhl des Quergebäudes gleichfalls in Flammen stand. Auch hier war von dem Dachstuhl nichts mehr zu retten. An beiden Brandstellen sind die Wehren noch mit den Abfischungen und Aufräumungsarbeiten beschäftigt. In der Angst und Aufregung hatten die Bewohner der oberen Stockwerke ihre Möbel in großer Eile auf die Treppentreppe gebracht, leichtere Sachen, wie Betten usw., sogar auf die Straße heruntergeworfen.

Die Feuerwehrleute haben heute keinen leichten Stand, Tag und aus der Friedrichstraße und aus dem Südosten gemeldet. Da die Meldungen noch nicht nachgeprüft werden konnten, stehen Einzelheiten noch aus. Begrüßenswert wäre mehr Einsicht des schaulustigen Publikums an Brandstellen. Die Schutzbeamten, die bei den Abfischungsmaßnahmen gewiß auf die Fußgänger weitgehend Rücksicht nehmen, würden es ebenso gern sehen, wenn man ihren Aufforderungen in der gleichen Weise Folge leistete.

Der Mord bei Hirschgarten aufgeklärt.

Der Täter festgesetzt.

Zu dem Leichenfund im Walde bei Hirschgarten wird berichtet, daß es der Mordkommission noch in der Nacht zum Sonntag gelungen ist, die Persönlichkeit der Toten festzustellen. Es ist die 16 Jahre alte Erna Höse aus der Wilmannsstraße zu Reutlingen. Das Mädchen war in der Akademie der Künste als Modell tätig und hat vielen namhaften Künstlern gestanden.

Der Mordkommission ist es weiter gelungen den Mörder festzustellen. Es ist der 21 Jahre alte Müllerbursche Otto Klebs, der sich in der Kolonie Esengrund bei Hirschgarten aufgehalten und mit dem jungen Mädchen verkehrt hatte. Der Täter ist nach Vollführung des Verbrechens verschwunden und flüchtig. Er konnte bisher noch nicht ermittelt werden. Er ist am Tage der Tat noch mit der Höse zusammen gewesen und hat sie um 1 Uhr vor ihrer Arbeitsstelle in der Akademie der Künste, wo sie Modell zu stehen pflegte, abgeholt, ist dann mit ihr nach Hirschgarten gefahren und hat sie dort ums Leben gebracht. Die Tat muß er schon von langer Hand vorbereitet haben, denn er hatte die Pistole, mit der die Tat begangen war, seinem Bruder entwendet und sich seit Donnerstag nicht mehr in seiner Wohnung sehen lassen. Der Täter ist 1,71 Meter groß, trägt zuletzt einen braunen Anzug, gelbe Schuhe mit gleichfarbigem Einlag und einen hellen Covercoatmantel mit Riegel. Auf die Ergreifung des Täters ist eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt. Zweckdienliche Mitteilungen nehmen die Kriminalkommissare Johannes Müller und Zappe, Magazinstr. 3/5, Zimmer 44, entgegen.

Nach acht Jahren.

Aufklärung des Mordes an der Frau Rahel Jakoby.

Wir vor kurzem berichtet wurde, war der Kellner Kurt Danielowski unter dem Verdacht festgenommen worden, als Täter für eine Missetat in Betracht zu kommen, die vor nunmehr acht Jahren an der damals 60jährigen Schankwirtin Rahel Jakoby verübt wurde. Sie wurde in ihrem Realloftstr. 7 zu ebener Erde gelegenen Schanklokal mit schweren Kopfverletzungen auf dem Fußboden liegend tot aufgefunden. Ein erbrochenes Büfettspind, durchwühlte Betten und Behältnisse deuteten auf einen Raubmord.

Frau Jakoby betrieb außer ihrer Schankwirtschaft auch Handel mit Zigaretten. Hierdurch kam sie mit einer großen Zahl von Personen in Berührung. Da sie aber außerordentlich mißtrauisch und zurückhaltend war, so hatten nicht einmal ihre nächsten Angehörigen einen Einblick in ihre persönlichen Verhältnisse. Nur mit unendlichen Schwierigkeiten konnte die damalige Mordkommission feststellen, daß bares Geld sowie eine Anzahl wertvoller Schmuckgegenstände entwendet waren. Vom Täter schloß zunächst jede Spur! An Bruchstücken der Scheibe des erbrochenen Büfettspindes zeigten sich Fingerabdrücke. Unschwer, mit bloßem Auge kaum erkennbar, zum Teil auch verwischt, konnten sie doch bei richtiger sachtlicher Behandlung gesichert und festgehalten werden. Ein schwacher Fingerabdruck war auch an einer Weinflasche, die halb geleert mit zwei Gläsern auf dem Tisch im Hinterzimmer stand. Mit unendlicher Sorgfalt wurde auch diese Spur gesichert. Zahlreiche Personen gerieten in Verdacht der Täterschaft. In keinem Falle aber stimmten ihre Fingerlinien mit den am Tatort gesicherten Spuren überein. Die Auswertung der Tatortspuren war insbesondere auch dadurch erschwert, daß der Krieg die Beziehungen zu ausländischen Polizeibehörden unterbrochen oder empfindlich gestört hatte. Nachdem diese Beziehungen wieder aufgenommen oder neu angebahnt

sind, unternahm Kriminalkommissar Lehmann vom Erkennungsdienst der Berliner Kriminalpolizei noch einmal eine großzügige Aktion: photographische Abzüge der Tatortspuren wurden an eine große Zahl ausländischer dortlospolizeier Zentralstellen versandt. Schon nach wenigen Tagen teilte der Kopenhagener Erkennungsdienst telegraphisch mit, daß die Tatortspuren identisch seien mit den Fingerabdrücken des Kellners Danielowski, der vor einiger Zeit in Kopenhagen als tätiger Ausländer dortlospolizierter und ausgewiesen war. Danielowski und eine gewisse Maria Böhm aus Lüneburg wurden daraufhin verhaftet. Die letztere sagte aus, daß D. ihr erzählt habe, daß er die Frau umgebracht habe, habe ihr und ihrer Schwester auch eine Anzahl Schmuckgegenstände aus ihrem Anteil an der Beute übergeben. Eine hochdramatisch verlaufene Gegenüberstellung zwischen Maria Böhm und Danielowski, der die Tat leugnete, konnte die Widersprüche nicht klären. Damit hat eine Tat, die gerade am 9. September vor acht Jahren verübt wurde, wenn auch nicht strafrechtlich, wohl aber mit bezug auf den Kreis der Beteiligten ihre Klärung gefunden. Angaben zur weiteren Aufklärung werden im Zimmer 105 des Polizeipräsidenten entgegen genommen.

Schafft Kleingarten-Dauerkolonien!

Der Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands wird nicht müde, für den Gedanken der Schaffung von Kleingarten-Dauerkolonien zu werben. Am Sonntag veranstaltete er in Berlin wieder eine Reihe öffentlicher Versammlungen, in denen die zuständige Behörde an die Erfüllung dieser Pflicht gemahnt wurde.

In einer vom Bezirksverband Schöneberg einberufenen Versammlung, die unter freiem Himmel im Garten der „Schloßbrauerei“ tagte, sprach Genosse Schnell (vom Bezirksverband Norden II). Er legte dar, welcher Segen in wirtschaftlicher und in gesundheitlicher Hinsicht von dem Stadtaußenland ausgeht, das dem aus der Mietskasernen hinausdrängenden Großstädter nicht nur als Ruhsitz, sondern als Familiengarten dient. Die fleißigen Pflanzler, die da draußen fruchtbaren Boden in fruchtbares Land verwandelt haben, fordern mit Recht, daß sie von der ihnen Nahrung und Erholung gewährenden Stätte nicht durch Baupolizisten nach Belieben verjagt werden dürfen. Der Redner wies dem Berliner Magistrat vor, daß die Schaffung von Kleingarten-Dauerkolonien, auf deren Möglichkeit ein Erlaß des preussischen Wohlfahrtsministers im Herbst vorigen Jahres die Gemeinden hingewiesen hat, in Berlin nicht vorwärts kommt. Er erinnerte an die bevorstehende Stadtverordnetenwahl und mahnte, am 25. Oktober nur für diejenigen zu stimmen, die eine Gewähr und Gewißheit bieten, daß sie das berechtigte Verlangen der Kleingärtner nach Dauerkolonien unterstützen. (Beifälliger Beifall.) Auf eine Diskussion wurde verzichtet, doch erhielten das Wort je ein Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, der Kommunistischen Partei und des Bundes der Bodenreformer. Die drei Redner äußerten sich zustimmend. Für die Sozialdemokratische Partei sprach der Stadtverordnete und Bezirksverordnete Genosse Wendi-Schöneberg, der im Berliner Rathaus bereits die Forderung der Kleingärtner, sie durch Schaffung von Kleingarten-Dauerkolonien zu schützen, vertreten hat. Er erinnerte daran, daß schon im Herbst wenige Wochen nach jenem Erlaß des Wohlfahrtsministers, die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion durch eine Anfrage den Magistrat auf seine Pflicht hingewiesen hat, daß aber damals in der Debatte nur die sozialdemokratische Fraktion für die Kleingärtner eingetreten ist. Inzwischen haben unsere Genossen in der Stadtverordnetenversammlung sich aufs neue bemüht, die Schaffung von Kleingarten-Dauerkolonien vorwärts zu treiben. Sie haben im Juni einen Antrag eingebracht, worauf die Kommunisten mit einem inhaltlich gleichen Antrag gefolgt sind. Ueber beide Anträge wird erst nach den Ferien verhandelt, aber endgültig wird wohl erst durch die neue Stadtverordnetenversammlung entschieden werden.

Nach Schluß der Kleingärtnerversammlung marschierten die Teilnehmer in einem Demonstrationzug mit den Bannern der Pflanzervereine zum Schöneberger Rathaus und von da hinaus zu den Kleingärten des Schöneberger Südbereichs.

Eintrittskarten für die Jugendweihen im Großen Schauspielhaus sind erhältlich:

Quartierssekretariat Groß-Berlin, SW. 68, Lindenstr. 2, Hof. 2. Treppen, geöffnet von 9 bis 4 Uhr. Mittwochs und Freitags von 9 bis 7 Uhr: G. Tolsted, SW. 21, Wilhelmshagenstr. 48; A. Schmitt, N. 65, Müller- und Ullricher Straße; H. Kroll, N. 65, Ullricher Str. 21; H. Hoffmann, N. 58, Reuber Str. 8 (Hof.); A. Lorenz, N. 56, Gleimstr. 56; O. Hoff, N. 59, Ullricher Str. 15; A. Anderson, N. 51, Straßburger Str. 19; S. Rißler, N. 50, Bahnhofsstr. 7; F. Wils, SO. 36, Jannowstr. 24; H. Gils, SO. 18, Randbecker Allee 45; A. Welle, O. 34, Petersburger Platz 4. „Kornelius“-Spielhaus, O. 34, Wilmersdorfer Str. 3 (Hof.); A. Adamsberger, Str. 37 (Photobank); E. Wirtzsch, O. 34, Petersburger Str. 3 (Hof.); J. Weiss, SO. 36, Glogauer Straße 30, vom 4. Tr.; A. Bier, SO. 36, Reumannstr. 9 (Hof.); „Kornelius“-Spielhaus, Wilmersdorfer Platz 14/15; Oststr. 111, Grellethagenstr. 22; H. Gollon, Baumhulsenweg, Schöneberg, 16 III; A. Doh, Treptow, Horstz Straße 117 III; A. Reiser, Treptow, Oranienstr. 50; A. Rillow, Egelia, Siemensstr. 76; H. Schüb, Siedlich, Ringstr. 7 (Hof. III); Frau Unseiner, Wilmersdorfer, Danziger Str. 43 (Siedlung); A. Perle, Schöneberg, Cherusstraße 70; Frau Rathmann, Schöneberg, Feuerstr. 57.

Refordbesuch in der Junktusaufstellung. Der gestrige Sonntag brachte der II. Deutschen Junktusaufstellung, die am Freitag feierlich zur Eröffnung gelangte, einen Refordbesuch, wie ihn noch keine Berliner Ausstellung oder Messe gesehen hat. Am Sonnabend waren 20 000 Besucher zu verzeichnen, der Sonntag brachte 65 000 Besucher, und der Zutritt zum Hof im Abendstunden noch nicht nach. Die vor dem Publikum im Theateraum des Funkhauses erspielenden Sendeispiele waren am Sonnabend und Sonntag ausverkauft.

Unfall beim römischen Wagenrennen. In der gestrigen Nachmittagsvorstellung im Circus Krone sausten bei dem römischen Wagenrennen, als die Wagen in rasender Schleiße um den Mast fuhren, zwei Wagen so ineinander, daß der eine Wagen völlig zertrümmert wurde. Der Fahrer dieses Wagens floh in großen Bogen heraus und trug Schnegerrungen am Fuß- und Kniegelenk davon. Sein weiteres Ausstreuen ist vorläufig ausgeschlossen. Ein Erfahmann ist für ihn eingetreten. Der vorgestern ver wundete Dompteur Sallor Jackson ist trotz seiner Verwundungen wieder aufgetreten.

Ein grauenhaftes Verbrechen.

New York, 7. September. (W.B.) Gestern vormittag wurde die Feuerwehr zur Lösung eines Autos herbeigerufen, das auf offener Straße in Flammen stand. Im Innern des Wagens fand man die halbverkohlte Leiche eines Unbekannten, der getrunken und mit Benzin übergeben war. Die Nummer und sonstigen Erkennungszeichen des Autos waren entfernt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis Wilmersdorf, Montag, den 7. September, 9 Uhr, nicht, wie am Sonntag gemeldet, um 8 Uhr, bei Kroll's, Grellethagenstr. 60, einz. Sitz absonderlich.
2. Abt. Heule Montag, 7^u, Uhr, Funktionärsversammlung bei Kroll, Ullricher Str. 21.
3. Abt. Dienstag, 7^u, Uhr, Funktionärsversammlung bei Wossmann, Gleimstr. 10, Befreiung der Wahlarbeit.
4. Abt. Heule, 7^u, Uhr, Funktionärsversammlung bei Valentin, Krauffstr. 36.
5. Abt. Heule, 8 Uhr, bei Reuter, Hoopberger Str. 30, Funktionärsversammlung.
6. Abt. Heule, 8 Uhr, bei Reuter, Hoopberger Str. 30, Funktionärsversammlung. — Die Verteilung haben zu der am Mittwoch stattfindenden Mitgliederversammlung.
11. Abt. Schöneberg, Mittwoch, abend 8 Uhr, Jubiläum bei Selmann, Waltersdorfer Straße.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

33. Abt. Genosse Riehl, Warschauer Str. 72, ist verstorben. Einlieferung heute Montag, nach 6 Uhr, Krematorium Baumhulsenweg.
36. Abt. Genosse Kurt Diehl, Thierstr. 12, ist am 4. September verstorben. Einlieferung Dienstag, nachm. 3^u, Uhr, Krematorium Baumhulsenweg.

